

VII. Stipendiatenkolloquium der Stiftung Aufarbeitung, 16./17. März 2007

Ein Tagungsbericht

Unter dem Motto „DDR-Geschichte(n) 2007“ fand am 16. und 17. März das mittlerweile zur guten Tradition gewordene StipendiatInnen-Kolloquium der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt. Schauplatz war - wie in den Vorjahren - der Robert-Havemann-Saal im „Haus der Demokratie und Menschenrechte“ in Berlin. Bereits am Vorabend waren viele der Teilnehmer zu einem Abendessen zusammen getroffen. Am Freitagmorgen wurde mit der gewohnten Tagungsdisziplin zum eigentlichen Kern des Kolloquiums übergegangen. Genaues Zeitkalkül war schon aus rein quantitativen Gründen geboten: Neben sieben neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten (eine Kollegin war aus Krankheitsgründen verhindert), die ihre soeben bewilligten Forschungsvorhaben vorstellen sollten, standen auch sieben ausführliche Referate von Doktorandinnen und Doktoranden im zweiten Förderjahr auf dem Programm. In dieses enge Zeitfenster mussten auch ausführliche Diskussionen zu allen Kurz- und Langbeiträgen passen, ein abendliches Gespräch mit einem prominenten Gast sowie angemessene Verzehr- und Erholungspausen. Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Rainer Eppelmann, der in seiner kurzen Ansprache vor allem den anhaltenden Forschungsbedarf für DDR-relevante Themen und die zunehmende Durchmischung ost- und westdeutsch sozialisierter NachwuchswissenschaftlerInnen lobte, übergab Dr. Ulrich Mählert das Wort an den Moderator der ersten Runde, Jens Hüttmann. Wie schon im Vorjahr sollte sich das Verfahren bewähren, die Tagungsleitung an in jüngster Zeit durch die Stiftung geförderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu übergeben.

Den Anfang an diesem langen Sitzungsfreitag machte Kathleen Schroeter mit einer ausführlichen Zusammenfassung ihres Projekts „Grenzüberschreitende Malerei: Die Rezeption von Kunst aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland vor 1989/90“. Sie konstatierte eine polemisch gespaltene Wahrnehmung ostdeutscher Bildender Kunst im Westen. Einerseits gelang es der DDR-Kulturpolitik ab Mitte der 1970er Jahre erfolgreich, staatlich geförderte, weil sich im Konsens des „Sozialistischen Realismus“ bewegend Künstler im öffentlichen Interesse des Westens zu etablieren. Andererseits gab es auch immer die Präsenz der nicht-offiziellen Maler -

gerade deren Emanzipation vom proklamierten kulturbürokratischen Dogma sorgte in der Bundesrepublik für Marktrelevanz. Stellvertretend für diese diametral wirkenden Tendenzen beschrieb Kathleen Schroeter das Wirken der so genannten „Vierer-Bande“ (Bernhard Heisig, Wolfgang Matheuer, Willy Sitte und Werner Tübke), die 1977 sogar auf der „documenta“ in Kassel gezeigt wurden. Im schroffen Gegensatz dazu stellte sie die in der DDR unterdrückten und / oder ignorierten Maler A.R. Penck und Gerhard Altenbourg.

Nach einer kurzen Kaffeepause stellten die ersten drei der „Neuen“ ihre Forschungsprojekte vor. Michael Bienert sprach über „Die Ausschaltung der parlamentarischen Opposition in den Landtagen der SBZ / DDR“ zwischen 1946 und 1952. Er hinterfragte, inwieweit wirkliche Opposition in der frühen, „volksdemokratischen“ Phase Ostdeutschlands überhaupt möglich war und veranschaulichte, wie totalitär-konsequent SED und sowjetische Militäradministration diese zaghaften und teilweise naiven Ansätze zerschlugen. Helene Grünecker untersuchte die ökumenisch intendierte und grenzüberschreitend wirkende Geschichte der „Aktion Sühnezeichen“, verwies auf die jeweils stark unterschiedlichen Möglichkeiten und Ausformungen in West und Ost. Fabian Klabunde machte in seiner Studie über Behandlung von ausreisewilligen DDR-Bürgerinnen und Bürgern durch die Administration die Paradoxie deutlich, in der sich ostdeutsche Innen- wie Außenpolitik bewegte. Der im Rahmen internationaler Anerkennung der DDR behaupteten Liberalität standen stets die zynischen Versuche entgegen, Ausreisebegehren entweder zu kriminalisieren und zu verhindern oder aber zu steuern und zu instrumentalisieren.

In seinem Vortrag über die „Infrastrukturpolitik der SED“ am Beispiel der Deutschen Reichsbahn 1949 bis 1989 machte Ralph Kaschka nach der Mittagspause das Primat von Innen- und Außenpolitik gegenüber wirtschaftlichen Belangen und das damit verbundene Scheitern diverser Großprojekte beim Ausbau des Schienennetzes deutlich. Wie weit Anspruch und Realität einer von der Partei beschworenen „Innovationskultur“ auseinander klafften, zeigte das letzte der angeführten Beispiele: Als in den 1980er Jahren das marode Netz wegen der zunehmend komplizierten Rohstofflage von Diesel und Kohle auf Strom umgestellt

werden sollte, hatte die DDR bei dieser Entwicklung europaweit das Schlusslicht inne, lag in Sachen Elektrifizierung noch hinter Albanien.

In der zweiten Staffel neuer Forschungsvorhaben konzentrierten sich zwei Vorträge auf wenig bekannte „Luxus-Phänomene“ des ostdeutschen Realsozialismus. Zuerst führte Meike Haselmann in das Jagdwesen der DDR ein, das sie „Zwischen Feudalismus und Sozialismus“ verortet sah und als Kontinuum herrschaftlicher Selbstdarstellungsrituale beschrieb. Andreas Stirn machte dann in seinem Exkurs über „DDR-Urlauberschiffe 1958 bis 1990“ mit dem widersprüchlichen Gegenstand maritimer „Brot und Spiele“ unter SED-Regie vertraut: Mit zuletzt drei Kreuzfahrtschiffen wurde einerseits Propaganda einer angeblich weltoffenen DDR betrieben, andererseits unterlagen Betrieb und Belegung der Kähne strengen konspirativen Auflagen.

Auf ein gleichermaßen dunkles wie spektakuläres Kapitel ostdeutscher Geheimdienst-Tätigkeit ging die im zweiten Förderjahr befindliche Stipendiatin Susanne Muhle in ihrem ausführlichen Vortrag „Auftrag: Menschenraub“ ein. In den 1950er und in den frühen 1960er Jahren füllten Entführungen von regimekritischen Persönlichkeiten oder abtrünnigen Funktionsträgern aus West-Berlin und der Bundesrepublik die Schlagzeilen der westlichen Presse und führten vor allem in West-Berlin zu einem latenten Klima der Bedrohung bei potentiellen Opfern. In nicht wenigen Fällen folgten auf die Entführung Folter und Tod. Ins Zentrum ihrer nunmehr vor der Niederschrift stehenden Dissertation stellte Susanne Muhle auch die Frage, inwieweit Kidnapping zum „normalen“ Arsenal von Geheimdiensten im Kalten Krieg gehörte und wie sich die Täterprofile und „Karrieren“ der durch das MfS zum Einsatz gebrachten IMs gestalteten.

In engem Zusammenhang mit diesem Komplex standen die sich anschließenden Ausführungen Jörg Müllers über „Das Haftsystem der SBZ / DDR von 1945 bis zur Mitte der 1970er Jahre“, ebenfalls als Reflexion seines Arbeitsstandes im zweiten Förderungsjahr. Müller beschrieb die Metamorphosen der juristischen Rahmenbedingungen und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die Haftbedingungen, die immer auch im Kontext mit außenpolitischen Veränderungen standen. Galt unmittelbar nach 1945 noch das Primat der sozialen Erziehung der

Delinquenten, triumphierte spätestens ab 1952 ein militärisch organisierter, auf Abschreckung und Ausbeutung basierender Strafvollzug. Erst im Zuge der Bemühungen um internationale Anerkennung der DDR kam es in den 1960er Jahren zu einer offiziellen Mäßigung des Haftsystems, das sich jedoch kaum an der Basis niederschlug. Die spezifische Behandlung von politischen Gefangenen in der DDR bedarf dabei noch eingehender Untersuchung.

Am Abend des Tagungs-marathons gab es für die Nachwuchsforscherinnen und -forscher noch die Gelegenheit, in direkte Tuchfühlung mit einem „gestandenen Wissenschaftler“ zu treten. In Person von Prof. Dr. Reinhard Rürup (Jahrgang 1934) stellte sich ein Nestor der Geschichtswissenschaft den Fragen der Kolloquiumsteilnehmer. Der gelernte Staatsrechtler begleitet und gestaltet seit den frühen 1960er Jahren historische Emanzipationsprozesse der Bundesrepublik wesentlich mit. Viele Jahre wirkte er in Berlin, an der System-Bruchstelle des Kalten Krieges - wo er heute auch an der Technischen Universität als emeritierter Professor lehrt. In seinen autobiographisch akzentuierten Bemerkungen verwies Professor Rürup auf die Genealogie der bundesdeutschen Erinnerungskultur, ging anschließend auf viele Fragen zu Verwerfungen und Widersprüchen dieses Prozesses ein.

Am Samstagmorgen wurde unter der Moderation von Juliane Schütterle das Kolloquium fortgesetzt. Als Einstieg trug Rafał Rogulski seine derzeitigen Erkenntnisse über die „Motive und Folgen des visafreien Grenzverkehrs zwischen Polen und der DDR 1972 – 1980“ vor. Er verwies dabei auf die enormen Frequenzen von Besuchern in beide Richtungen, wobei prozentual der Reiseeifer der Ostdeutschen größer war als der der Polen. Die dabei zustande kommenden, massenhaften Kontakte zwischen Bürgern beider Länder blieben über große Strecken von Pragmatismus geprägt, zeitigten aber auch bipolare politische Effekte, die von den Geheimdiensten nicht gewollt und wenig kontrolliert werden konnten. Als sich die Oppositionsbewegung östlich der Oder zu konsolidieren begann, wurden die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt. Ende 1980 schließlich erfolgte der Abbruch der relativen Reisefreiheit Richtung Osten, vom ZK der SED euphemistisch als „zeitweilige Veränderung im privaten Reiseverkehr“ bezeichnet.

Nach einer kurzen Kaffeepause führten wiederum zwei neue NachwuchswissenschaftlerInnen in ihre Forschungsvorhaben ein. Patricia Zeckert widmet sich dem „Deutsch-deutschen Literatúraustausch im Rahmen der internationalen Leipziger Buchmesse 1946 bis 1990“ und verwies auf die Ambivalenz, die das offene literarische Fenster zum deutschsprachigen Nachbar für die Polit- und Kulturbürokratie mit sich brachte: Als selbst ernannte Traditionsträger humanistischer Geistesgeschichte versuchten sich die Veranstalter in liberalen Gesten, unterdrückten gleichzeitig aber einen wirklichen Austausch zwischen ostdeutschen Besuchern und bundesdeutschen Ausstellern. Mit ähnlichen Widersprüchen beschäftigte sich Sven Schultze in seinem vergleichenden Vortrag über die „Grüne Woche“ in Berlin-West einerseits und der DDR-Landwirtschaftsausstellung (AGRA) in Leipzig andererseits. Als Phänomene der „deutschen Systemkonkurrenz zwischen 1948 und 1961“ arbeitete er verwandte Wurzeln, aber völlig unterschiedliche Ausformungen heraus. Während es in Leipzig primär um eine didaktische Funktion für die sozialistische Landwirtschaft ging, fungierte die West-Berliner Schau von Beginn an als Leistungsmesse mit öffentlichkeitswirksamem, Konsum förderndem Interesse; ein offensichtlicher Dissens, der in der Formel „Bauernuniversität versus Butterberg“ nachvollziehbar wurde.

Über ein höchst brisantes Thema, über „Zwangsadoptionen in der DDR“, referierte Marie-Luise Bartmuß. Von der Boulevardpresse wiederholt als besonders perfides Kapitel des staatlichen Eingriffs ins Privatleben von DDR-Bürgern exponiert, stellte die Juristin nicht den ungeheuerlichen Fakt an sich in Frage, relativierte ihn jedoch quantitativ. Ähnlich dem vermuteten Missbrauch der Psychiatrie in der DDR, wurden Adoptionen offenbar punktuell, nicht aber systematisch und massenhaft als Repressionsmittel eingesetzt. Offenbar standen die Instrumentarien für eine politische Indienstnahme von Adoptionen zwar als Drohkulisse zur Verfügung, wurden aber von der verantwortlichen Ebene der staatlichen „Jugendhilfe“ eher zurückhaltend in Anwendung gebracht. Auch bei den sieben verifizierbaren Fällen stellt sich ansatzweise die Frage der Grenzziehung: Wo endet die legitime Adoption zum Schutz der Kinder und wo beginnt die politische Willkür?

Als letzte Referentin des Kolloquiums machte Maria Magdalena Verburg mit ihrem Arbeitsstand zum „nicht-staatlichem entwicklungspolitischen Engagement in der späten DDR“ vertraut. Ihre Ausführungen zeigten, wie sich seit den 1970er Jahren, vor allem als Teil der „offenen Arbeit“ in den evangelischen Gemeinden, „Dritte-Welt-Gruppen“ profilierten, die nach einer von der offiziellen DDR-Solidaritätsbewegung unabhängigen Hilfe für damalige Entwicklungsländer strebten. Relativ schnell wurde von den staatlichen Stellen das vergleichsweise geringe Oppositionspotential dieser Gruppen erkannt: Ganz anders als Umwelt-, Friedens- oder Menschenrechtsgruppen standen die Akteure der unabhängigen Entwicklungshilfe nicht in striktem Affront zur Parteipolitik der SED. Sie koordinierten ihre Aktionen sogar mit dem staatlichen Solidaritätskomitee der DDR und ließen ihre im kirchlichen Umfeld gesammelten Spenden in die offiziellen Töpfe einfließen. Nach der friedlichen Revolution von 1989 schafften sie weitgehend eine Neuorientierung; kurioserweise oft in Konkurrenz zu Gruppen aus der alten Bundesrepublik und in Konsens mit der Nachfolgeorganisation des DDR-offiziellen Solidaritätskomitees. Mit Frau Verburgs system- und epochenübergreifender Studie endete das inhaltlich überaus anregende und in konstruktiver Stimmung abgehaltene Kolloquium.